

# MITTEILUNGSBLATT

DER  
KARL-FRANZENS-UNIVERSITÄT GRAZ



78. SONDERNUMMER

---

Studienjahr 2020/21

Ausgegeben am 21. 05. 2021

31.b Stück

---

## 2. Verordnung des Rektorats über Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der COVID-19-Pandemie bei Präsenzlehrveranstaltungen und Präsenzprüfungen

Beschluss des Rektorats vom 20.05.2021

**Impressum:** Medieninhaberin, Herausgeberin und Herstellerin: Universität Graz,  
Universitätsplatz 3, 8010 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.  
Anschrift der Redaktion: Rechts- und Organisationsabteilung, Universitätsplatz 3, 8010 Graz.  
E-Mail: [mitteilungsblatt@uni-graz.at](mailto:mitteilungsblatt@uni-graz.at)  
Internet: <https://mitteilungsblatt.uni-graz.at/>

**Offenlegung gem. § 25 MedienG**

Medieninhaberin: Universität Graz, Universitätsplatz 3, 8010 Graz. Unternehmensgegenstand: Erfüllung der Ziele, leitenden Grundsätze und Aufgaben gem. §§ 1, 2 und 3 des Bundesgesetzes über die Organisation der Universitäten und ihre Studien (Universitätsgesetz 2002 - UG), BGBl. I Nr. 120/2002, in der jeweils geltenden Fassung.  
Art und Höhe der Beteiligung: Eigentum 100%.  
Grundlegende Richtung: Kundmachung von Informationen gem. § 20 Abs. 6 UG in der jeweils geltenden Fassung.

## 2. Verordnung des Rektorats über Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der COVID-19-Pandemie bei Präsenzlehrveranstaltungen und Präsenzprüfungen

Das Rektorat hat gemäß § 1 Abs. 1 des 2.COVID-19-Hochschulgesetzes (2. C-HG) nach Anhörung der Vorsitzenden des Senats, des Universitätsrats und der Universitätsvertretung der Studierenden die folgenden Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der COVID-19-Pandemie festgelegt:

### § 1

- (1) Diese Verordnung ist unabhängig vom Ort der Abhaltung auf sämtliche Lehrveranstaltungen und Prüfungen der Universität Graz anzuwenden, wenn sie in Präsenz abgehalten werden.
- (2) Ob und unter welchen Rahmenbedingungen eine Lehrveranstaltung oder eine Prüfung in Präsenz durchgeführt werden kann oder Online abgehalten werden muss, richtet sich nach den Bestimmungen der Richtlinie des Rektorats für den gesicherten Universitätsbetrieb in Zusammenhang mit COVID-19 in der geltenden Fassung sowie den darauf basierenden Beschlüssen des Rektorats.

### § 2

- (1) Als Voraussetzung für die Teilnahme an Lehrveranstaltungen und Prüfungen, die in Präsenz stattfinden, haben die Studierenden zu Beginn der Lehrveranstaltungseinheit bzw. der Prüfung der/dem Lehrveranstaltungsleiter/in einen Nachweis einer geringen epidemiologischen Gefahr gem. COVID-19-Öffnungsverordnung vorzulegen. Als Nachweis einer geringen epidemiologischen Gefahr gilt:
  1. ein Nachweis über ein negatives Ergebnis eines SARS-CoV-2-Antigentests zur Eigenanwendung, der in einem behördlichen Datenverarbeitungssystem erfasst wird und dessen Abnahme nicht mehr als 24 Stunden zurückliegen darf,
  2. ein Nachweis einer befugten Stelle über ein negatives Ergebnis eines Antigentests auf SARS-CoV-2, dessen Abnahme nicht mehr als 48 Stunden zurückliegen darf,
  3. ein Nachweis einer befugten Stelle über ein negatives Ergebnis eines molekularbiologischen Tests auf SARS-CoV-2 („PCR-Test“), dessen Abnahme nicht mehr als 72 Stunden zurückliegen darf,
  4. eine ärztliche Bestätigung über eine in den letzten sechs Monaten überstandene Infektion mit SARS-CoV-2, die molekularbiologisch bestätigt wurde,
  5. ein Nachweis über eine mit einem zentral zugelassenen Impfstoff gegen COVID-19 erfolgte
    - a) Erstimpfung ab dem 22. Tag nach der Erstimpfung, wobei diese nicht länger als drei Monate zurückliegen darf, oder
    - b) Zweitimpfung, wobei die Erstimpfung nicht länger als neun Monate zurückliegen darf, oder
    - c) Impfung ab dem 22. Tag nach der Impfung bei Impfstoffen, bei denen nur eine Impfung vorgesehen ist, wobei diese nicht länger als neun Monate zurückliegen darf, oder
    - d) Impfung, sofern mindestens 21 Tage vor der Impfung ein positiver molekularbiologischer Test auf SARS-CoV-2 bzw. vor der Impfung ein Nachweis über neutralisierende Antikörper vorlag, wobei die Impfung nicht länger als neun Monate zurückliegen darf,

6. ein Nachweis nach § 4 Abs. 18 EpiG oder ein Absonderungsbescheid, wenn dieser für eine in den letzten sechs Monaten vor der vorgesehenen Testung nachweislich mit SARS-CoV-2 erkrankte Person ausgestellt wurde,
  7. ein Nachweis über neutralisierende Antikörper, der nicht älter als drei Monate sein darf.
- (2) Für nicht substituierbare Lehrveranstaltungseinheiten und Prüfungen im Bereich der Naturwissenschaften und der Sport- und Bewegungswissenschaften kann vorgesehen werden, dass die Studierenden zu Beginn der Lehrveranstaltungseinheit bzw. der Prüfung einen COVID-19-Selbsttest durchführen können. Bei der Durchführung des Selbsttests haben sich die Studierenden unter Aufsicht der/des Lehrenden gegenseitig im Sinne des Vier-Augen-Prinzips zu kontrollieren. Ein negatives Testergebnis eines auf diese Art durchgeführten Selbsttests ersetzt einen Nachweis gem. Abs. 1.
  - (3) Die Pflicht zur Einhaltung der bestehenden Sicherheits- und Hygienemaßnahmen der Universität bleibt davon unberührt.
  - (4) Studierende, die keinen gültigen Nachweis gem. Abs. 1 oder 2 erbringen können, dürfen nicht an der Lehrveranstaltungseinheit bzw. Prüfung teilnehmen und haben den Lehrraum zu verlassen. Außer bei Prüfungen und nicht durch Distanzlehre substituierbaren Lehrveranstaltungen, werden sie auf die entsprechend der Satzung verpflichtend anzubietenden Ersatzformen verwiesen.

### § 3

Als Voraussetzung für die Abhaltung einer Lehrveranstaltungseinheit oder Prüfung in Präsenz müssen Lehrende und PrüferInnen über einen Nachweis gem. § 2 Abs. 1 verfügen.

### § 4

- (1) Diese Verordnung tritt rückwirkend mit 17.05.2021 in Kraft und ersetzt die Verordnung des Rektorats über Maßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung der COVID-19-Pandemie bei Präsenzlehrveranstaltungen und Präsenzprüfungen (Mitteilungsblatt vom 16.04.2021, 26.c Stück, 68. Sondernummer).
- (2) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 30.09.2021 außer Kraft.

Der Rektor:  
Polaschek